



Altkanzler Kohl*: Dauerhafter Schaden für die Partei und ihre Protagonisten

DPA

CDU

Im Labyrinth der Konten

In der Ära Kohl wanderten Millionen-Beträge von der Fraktion in schwarze Kassen der Partei. Wusste Wolfgang Schäuble wirklich nichts davon? Ihm droht zudem ein neues Ermittlungsverfahren, wenn er bei seiner Version über die 100 000-Mark-Spende des Lobbyisten Schreiber bleibt.

Alle seine Vorgänger sind steil aufgestiegen. Wer als Erster Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Fraktion diente, wurde anschließend Kanzleramtschef, Innen- oder Bildungsminister – damals, als das System Kohl noch funktionierte.

Aber Joachim Hörster kam zu spät. In seiner Amtszeit von 1994 bis 1998 erlebte er den Niedergang der Union. Als rechte Hand des Fraktionschefs Wolfgang Schäuble bekam er als einer der Ersten den verdeckten Zweikampf zu spüren, den der ewige Kanzler Helmut Kohl mit seinem ewigen Kronprinzen ausfocht. Zog ihn Kohl von der einen Seite, zertrümmerte Schäuble garantiert von der anderen.

Nun hat ihn dieser Konflikt mitten in die CDU-Parteispendenaffäre katapultiert. An diesem Montag steht Hörster als Zeu-

ge vor dem Untersuchungsausschuss des Bundestags.

Denn 1996 war es Hörster, der auf Anweisung Schäubles verfügte, dass 1,14 Millionen Mark in einem Koffer dem Kohl-Vertrauten Hans Terlinden übergeben wurden. Das Geld aus einer dunklen Kasse der Fraktion verschwand anschließend in Kohls Schwarzkontensystem. Im Januar, nachdem die Sache bekannt geworden war, sollte Hörster die Sache auch noch aufklären und den Kopf dafür hinhalten. „Es wird der Eindruck bleiben, ich sei mit dem schwarzen Koffer herumgerannt. Dabei habe ich das Geld nicht mal gesehen.“

Tatsächlich eskaliert die Parteispendenaffäre immer weiter. Während die Nachfolger in der CDU verzweifelt versuchen, zur Tagespolitik überzugehen, tobt hinter den Kulissen ein erbitterter Machtkampf zwischen Kohl und Schäuble, der am Ende nur Verlierer hinterlassen wird: den Altkanzler, seinen einstigen Kronprinzen und die CDU,

CHRONIK EINES SKANDALS

1999

4. NOVEMBER

Das Amtsgericht Augsburg erlässt einen Haftbefehl gegen den Ex-CDU-Schatzmeister Walther Leisler Kiep. Der Verdacht: Er habe 1991 eine Million Mark erhalten und nicht versteuert.



Kiep

5. NOVEMBER

Kiep erklärt, die Million sei in seinem Beisein als Parteispende vom Lobbyisten Karlheinz Schreiber an den damaligen CDU-Steuerberater Horst Weyrauch in der Schweiz bar übergeben worden.

29. NOVEMBER

Der SPIEGEL berichtet über Verbindungen Wey-

* Am 29. Juni nach seiner Vernehmung vor dem Untersuchungsausschuss in Berlin.



Kontrahenten Schäuble, Baumeister*: Wer bekam das Geld von wem?

zu deren Wohl angeblich über Jahre getrickt, getäuscht und betrogen wurde. Angela Merkel und Friedrich Merz sind nur Randfiguren im Duell der Vorgänger.

Vorige Woche wurde durch die „Süddeutsche Zeitung“ bekannt, dass Kohls 16 Jahre währende Kanzlerschaft von Beginn an auf Schwarzgeld fußte. Der Bimbekanzler ließ 1982 die Fraktionskasse plündern und das Geld – schätzungsweise sechs Millionen Mark unbekannter Herkunft – in das System seiner schwarzen Konten und Kassen fließen. Kohl bestreitet das.

Auch Schäuble gerät weiter ins Zwielicht. Wie kann es sein, dass Kohls wichtigster Mitarbeiter von alledem nichts mitbekommen hat? Schäuble muss zudem erklären, wieso im Dezember vorigen Jahres, in der von ihm geführten Fraktion, Kassenbücher vernichtet wurden.

Dazu steht ihm ein weiterer unangenehmer Auftritt im Ausschuss bevor: An diesem Montag werden der einstige Fraktionschef und die frühere CDU-Schatzmeisterin Brigitte Baumeister erneut mit

ihren einander widersprechenden Versionen zu einer 100 000-Mark-Spende des Waffenhändlers Karlheinz Schreiber konfrontiert.

Schäuble behauptet, er habe das Geld am 22. September 1994 in seinem Bonner Büro von Schreiber bekommen und anschließend an Baumeister weitergeleitet. Baumeister hingegen gibt an, sie habe die Spende am 11. Oktober in Kaufering vom Lobbyisten in Empfang genommen und bald darauf an Schäuble weitergegeben.

Dass er selbst zu stark mit dem System Kohl verwoben war, um die „furchtbare selbstzerstörerische Auseinandersetzung“ mit seinem Vorgänger Kohl ohne Blessuren beenden zu können, hatte Schäuble in der vergangenen Woche im ZDF angedeutet. Und je mehr Details der Affäre bekannt werden, desto deutlicher wird, wie sehr er selbst ein Teil des Problems war, das zu lösen er im Dezember versprochen hatte.

Die neuen Erkenntnisse stammen aus Unterlagen, die die Kripo aus dem Büro von Fraktionsbuchhalter Wolfgang Hüllens

holte. Der hatte sich im Januar umgebracht, weil er befürchtete, dass sein Griff in die schwarze Kasse publik werde.

Als Hüllens, seit 1972 Angestellter der CDU/CSU-Fraktion und dort für die Kassenführung zuständig, im Dezember seine Oberen befragte, ob er verräterische Unterlagen vernichten solle, war Schäuble Fraktions- und Parteichef.

Zumindest ab dem 1. Januar 1991 wurde für die Konten Buch geführt – aber die Nachweise sind verschwunden. In Hüllens Notizen finden sich starke Indizien, was mit ihnen geschah: „Kassenbücher beide vernichten? Ja, lt. Dr. Wettengel“.

Datiert ist die Notiz aus Hüllens Büro vom 13. Dezember 1999. Hörster und Schäuble erklären, ein solcher Vorgang sei ihnen „unbekannt“. Michael Wettengel, der Leiter des Fraktionsbüros, war für eine Stellungnahme nicht zu erreichen.

Die Fraktion blieb stets eine Quelle, aus der Geld in die schwarzen Kassen sprudelte. Kohl konnte die Fraktions-Millionen einstreichen und von CDU-Steuerberater Horst Weyrauch verstecken lassen. Nicht einmal die Absender des Geldes, die Bundestagsabgeordneten, wollen je gefragt haben, wo das Bare landete.

Der bisher letzte bekannt gewordene Transfer fand um die Jahreswende 1997 statt. Kurz vor Heiligabend 1996 wurden vom Konto 227826100 bei der Dresdner Bank in Bonn 1146 854,61 Mark abgehoben. Unterschrieben hatten den Barscheck für die Bank der damalige Fraktionschef Schäuble und sein Geschäftsführer Hörster.

Zunächst blieb das Geld trotz der Transaktion in der Bank. Die CDU mietete für 23 Mark einen Safe und deponierte das Bare in einem Schließfach.

Erst am 30. Januar wurden die 1,14 Millionen Mark im Büro Wettengel an den CDU-Spendenverwalter Hans Terlinden überge-

* Links: am vorigen Mittwoch im ZDF; rechts: am 14. April vor dem Untersuchungsausschuss.



Kohl (nach seiner Wahl zum Kanzlerkandidaten im September 1982)

rauchs zur Hessen-CDU. Der Landesverband verbuchte Einnahmen in Millionenhöhe, die er im Rechenschaftsbericht als „Vermächtnisse“ deklarierte.

30. NOVEMBER

Helmut Kohl übernimmt die politische Verantwortung für verdeckte Konten der CDU.

16. DEZEMBER

Kohl gesteht, er habe zwischen 1993 und 1998 Spenden bis zu zwei Millionen Mark in bar illegal angenommen. Die Spender nennt er nicht.

2000

10. JANUAR

Der CDU-Vorsitzende Wolfgang

Schäuble erklärt in einem Interview, er habe 1994 von Schreiber eine Spende über 100 000 Mark erhalten, die als „sonstige Einnahme“ verbucht worden sei.

18. JANUAR

Kohl legt den Ehrenvorsitz seiner Partei nieder.

30. JANUAR

Weyrauch bestätigt das illegale Finanzsystem der hessischen CDU.

31. JANUAR

Wegen eines weiteren Treffens mit Schreiber im Jahr 1995 gerät Schäuble in Erklärungsnot. Die ehe-

malige CDU-Schatzmeisterin Brigitte Baumeister stellt den Ablauf der Spendenübergabe anders dar als er.

15. FEBRUAR

Bundestagspräsident Wolfgang Thierse verlangt von der CDU eine Rückzahlung von 41,35 Millionen Mark.

14. AUGUST

Kohl sagt seine Teilnahme an der zentralen Feier zum Tag der Deutschen Einheit ab.

25. AUGUST

Die „Süddeutsche Zeitung“ berich-

tet, Kohl habe nach seiner Wahl zum Bundeskanzler 1982 selbst das System der schwarzen Kassen angeregt. Von einem geheimen Fraktionskonto der CDU seien damals sechs Millionen Mark an die Partei geflossen und auf Treuhandkonten versteckt worden.

Offene Fragen

- ▶ Wer sind Kohls anonyme Spender?
- ▶ Wer hat die 100 000 Mark von Karlheinz Schreiber tatsächlich entgegengenommen – Schäuble oder Baumeister?
- ▶ Woher kamen die sechs Millionen Mark?

Das Land der Lügen

Immer neue Ungereimtheiten im Skandal um die schwarzen Kassen der hessischen Union belasten Ministerpräsident Roland Koch.

Der oberste Finanzkontrolleur in Hessen wollte es genau wissen. Im SPIEGEL vom 14. Februar dieses Jahres hatte Rechnungshofpräsident Udo Müller (CDU) gelesen, ein diebischer Buchhalter habe sich eine Menge Geld aus der Kasse der CDU-Fraktion im Wiesbadener Landtag gegriffen. Der Fall sei ihm neu, deshalb wüsste er gern mehr darüber, teilte Müller der Fraktion nach Lektüre mit.

Die Monate vergingen, die Antwort blieb aus. Erst kürzlich, monierte Müller am vergangenen Mittwoch vor dem Haushaltsausschuss des Landtags, habe ihn die CDU über die peinlichen Unterschlagungen informiert – da hatte er sich die nötigen Papiere schon von den oppositionellen Grünen besorgt.

Brutalstmögliche Aufklärung, wie sie Ministerpräsident Roland Koch vollmundig versprach? Davon kann in Hessen keine Rede mehr sein. Koch, auch CDU-Landesvorsitzender, verschanzt sich hinter Halbwahrheiten und hohlen Gesten. Belastende Neuigkeiten? „Diese Dinge sind Bestandteil meiner Aufklärung.“ Kritik aus allen publizistischen Lagern? „Ich kann mich von medialem Hokuspokus nicht beeindruckt lassen.“

Koch will einfach durchmarschieren, und je länger die Gewalttour dauert, desto orientierungsloser stolpern Freund und Feind durchs Affärendickicht hinterher. Was mit angeblichen Vermächtnissen jüdischer Emigranten anfang, wucherte zu einem kaum überschaubaren Wust fingierter Spenden, fiktiver Darlehen und konspirativer Buchungen. Wer in der Partei wen betrogen und belogen hat, wird wohl nie ganz klar werden.

Kleinere Fälschungen fallen im Land der Lügen kaum noch auf. In den „Tagesthemen“ behauptete Koch, der Rechnungshof habe „von dem Tatbestand“ gewusst, dass die CDU 1992 in ihrer Fraktionskasse ein Riesenloch entdeckt hatte. Auch CDU-Fraktionschef Norbert Kartmann führt Parteifreunde in einem Verteidigungsbrief dreist in die Irre: Der Rechnungshofpräsident habe nun „mitgeteilt, dass die Kasse der Fraktion für das Jahr 1992 geprüft worden sei“.

Der Präsident kann da nur staunen: „Wir haben die Fraktionskasse 1992 definitiv nicht überprüft. Von einer Unterschlagung sind wir in keiner Weise informiert worden“, sagt Müller. Da die abgezockten Fraktionsgelder aus Steuer-

mitteln stammen, war der Kriminalfall von öffentlichem Interesse. Dennoch zeigte die CDU ihren untreuen Buchhalter Franz-Josef Reischmann nicht bei der Polizei an. Der Rechnungshof, erklärt Müller heute, hätte da nicht mitgespielt.

Dass der Fall Reischmann nur intern geregelt wurde, obwohl es insgesamt um 2,2 Millionen Mark ging, könnte einen guten Grund gehabt haben: Der Finanzreferent wusste, dass die Partei illegal Geld in der Schweiz gebunkert hatte. Die Opposition in Wiesbaden spekuliert deshalb, Reischmann könnte gedroht haben

nahm, will davon leider gar nichts im Gedächtnis behalten haben. Vor dem Berliner Untersuchungsausschuss hatte sich Koch bereits vor Monaten festgelegt: Er sei erst im Juni 1993 eingeweiht worden.

Inzwischen kommt auch der Wiesbadener Untersuchungsausschuss in Gang, und schon die ersten Zeugen setzen die Union unter Druck: Die Wirtschaftsprüfer der CDU erklärten, dass sie sich von Koch ausgetrickst sähen. Wäre er korrekt informiert worden, sagte Hans Joachim Jacobi, Chef der Saarbrücker Firma WUB, hätte er das Testat für den Re-

chenschaftsbericht „unter keinen Umständen“ erteilt.

An Teflon-Politiker Koch bleibt auch das nicht kleben: Jacobi, so der Jurist, äußere halt eine „andere Rechtsmeinung“.

Merkwürdigkeiten, die auf schwarze Kassen hindeuteten, wurden in der CDU-Zentrale spätestens am 10. Dezember vergangenen Jahres offenkundig. Ein Vermerk dieses Datums, in dem 190 000 Mark dubiose Einnahmen aufgeführt sind, liegt den Prüfern vor.

Koch aber behauptete noch am 16. Dezember im Landtag, es gebe „keine Buchungen, Zahlungen und anderes außerhalb der ordnungsgemäß geprüften Buchführung der hessischen CDU“. Dies habe die „Befragung aller, die damit zu tun haben und damit zu tun gehabt haben“, ergeben.

Mit Wilhelm Küchler, Schatzmeister der Landes-CDU nach Kochs Wahl zum Vorsitzenden im Januar 1998, hatte da freilich

noch keiner geredet. Küchler hatte das Amt zwar aus beruflichen Gründen im März 1999 abgegeben. Doch während der entscheidenden Wahlkampfmonate bis zu Kochs Sieg im Februar 1999 kontrollierte er die CDU-Kassen – in die, wie heute bekannt ist, weiterhin Geld aus der Schweiz floss.

Küchler bestreitet, davon gewusst zu haben. Tatsächlich hatte Küchler schon im Dezember beklagt, sein Vorgänger, der langjährige Schatzmeister Casimir Prinz Wittgenstein, wolle sein Wissen entschieden für sich behalten: „Ich bin durch Prinz Wittgenstein überhaupt nicht eingearbeitet worden.“ DIETMAR PIEPER



Christdemokrat Koch*: „Medialer Hokuspokus“

zu plaudern. Einen Beweis gibt es allerdings nicht; Koch spottet gern, Reischmann sei nur „das Phantom der Affäre“.

Für Aufsehen sorgte vergangene Woche der CDU-Abgeordnete Frank Lortz. Als damaliger Kassenprüfer habe er, sagte Lortz, die komplette Fraktion im März 1993 von den „Unregelmäßigkeiten“ in Kenntnis gesetzt. Allerdings sei der Name Reischmann nicht gefallen, und niemand habe nachgefragt.

Koch, der 1993 als stellvertretender Fraktionschef an der März-Sitzung teil-

* Vergangenen Donnerstag beim Sommerfest in Wiesbaden.



FOTOS: DPA

Lobbyist Schreiber*: 100 000 Mark an Schäuble?

ben. Niemand kam auch nur auf die Idee, sich den Vorgang quittieren zu lassen.

Viel spricht dafür, dass es der Fraktionsführung ganz recht war, wenn Geld in Kohls Kontenlabyrinth verschwand. Denn ganz koscher war das Bare schon beim Absender nicht zusammengekommen.

Wie die Partei pflegte auch die Fraktion einen Teil ihrer Gelder nicht zu deklarieren. „Außerhalb des offiziellen Fraktionsvermögens“ nennt die Staatsanwaltschaft Bonn diese verschwiegenen Depots.

Mindestens seit 1980 bestanden bei der Dresdner Bank in Bonn Konten, auf denen jeder Abgeordnete monatlich 50 Mark seiner Diäten abließ. Auch auf allerlei sonstigen Wegen landete dort Bares. Anders als bei allen anderen Konten wurden diese auch nicht in der EDV erfasst, sondern ganz altmodisch per Kassenbuch und Kontoauszugsmappe geführt. Im Fraktionshaushalt tauchten die Konten nicht auf.

Dass diese Operation jenseits der Legalität verlief, war den Verantwortlichen der Fraktion bewusst. Die Ermittler haben mittlerweile internen Schriftverkehr, Vermerke und Kontoauszüge ausgewertet.

Was die Berliner Staatsanwaltschaft in einem achtseitigen Vermerk („Verdacht der Untreue zum Nachteil der CDU/CSU-Fraktion“) zusammengetragen hat, liest sich ganz anders als die offizielle Version von Schäuble, Hörster & Co.

Danach muss es der Unionsführung und ihren Finanzspezialisten nur zu klar gewesen sein, dass „zwei Töpfe“ (CDU-Vermerk) am offiziellen Haushalt vorbei geführt wurden. Aus einer der verborgenen Kassen sprudelten dann jene 1,14 Millionen Mark, die Kohl durch Terlinden abräumen und in seinen schwarzen Kassen verschwinden ließ.

Die Unionskräfte diskutierten nicht nur, dass man sich möglicherweise der Steuerhinterziehung strafbar machte, sondern auch, wie das Problem mit dem für die Prüfung der Fraktionsgelder zuständigen Bun-

desrechnungshof zu lösen sei. „Dem Bundesrechnungshof“, schreibt die Berliner Staatsanwaltschaft, sei die „Möglichkeit einer Prüfung genommen“ worden.

Heftige Debatten gab es in der CDU-Führung immer wieder mit den Wirtschaftsprüfern der KPMG, die Jahr für Jahr schwere Bedenken gegen das Finanzgebaren in der Fraktion geltend machten. Ein sicher gestellter Vermerk enthält die Überlegung, ob man die Prüfer nicht dazu bringen könne, „dass hier ein viertes Mal die Augen zugedrückt“ werden.

In anderen – ziemlich zweifelhaften – Fällen war das bereits passiert. Die CDU hatte die Präzedenzfälle ordentlich aufgelistet: Ob es um einen 50 000-Mark-Zuschuss des Bundespresseamts für angebliche Nato-Informationsfahrten ging oder um den bis zu 100 000 Mark schweren persönlichen Verfügungsfonds des Fraktionsvorsitzenden – irgendwie hatten sich die Wirtschaftsprüfer breitschlagen lassen. Dabei ist die Mischung solcher Staatsmittel mit Parteigeld unzweideutig rechtswidrig.

Schon 1966 hatte das Bundesverfassungsgericht in seinem ersten Grundsatzurteil zur Parteienfinanzierung dem Geldtransfer zwischen Fraktion und Partei einen Riegel vorgeschoben. Das Urteil war der erste Versuch, die ausufernde staatliche Parteienfinanzierung zu begrenzen.

An diesem Grundsatz hat sich bis heute nichts geändert. Präzisiert wurde das Transferverbot für Steuergelder bei der Neufassung des Parteiengesetzes im Jahr 1994. Darin heißt es, Parteien dürften keine Spenden von Fraktionen annehmen.

Es war diese Gesetzesregelung, die den Fraktionsoberen der CDU/CSU damals Kopfzerbrechen bereitete. Denn nach dem Inkrafttreten des Gesetzes konnte man die 1,14 Millionen Mark, die sich – angeblich gespeist aus Beiträgen der Unionsabgeordneten – in einem Fonds der Fraktion angesammelt hatten, nicht mehr als Spende an die Partei überweisen, weswegen der Transfer bar vorgenommen wurde.

Merkel, Merz: Randfiguren im Machtkampf



Die Wirtschaftsprüfer machten schwere Bedenken gegen das Finanzgebaren geltend

Kohls Hinweis, auch andere Parteien hätten sich aus den Fraktionskassen bedient, mag durchaus zutreffen, entschuldigt aber nichts. Strafrechtlich wäre der Sechsmillionen-Transfer allerdings verjährt.

Dabei ist unklar, ob das Verschieben der Fraktionsmillionen nicht doch strafbar ist. Die Bonner Staatsanwaltschaft sieht gleich zwei mögliche Delikte:

- ▶ Die Übertragung der 1,14 Millionen Mark auf Kohls Schwarzgeldkonto könnte den Verdacht der Untreue begründen.
- ▶ CDU-Funktionäre könnten sich der Steuerhinterziehung schuldig gemacht haben. Denn die 22 264,22 Mark Zins-einnahmen aus den 1,14 Millionen Mark, die auf dem Anderkonto 24980-12 beim Bankhaus Hauck in Frankfurt lagerten, wurden ebenso wenig versteuert wie die rund 1,385 Millionen Mark „Kapitalerträge“ (Staatsanwaltschaft), die die Fraktionsmillionen in rund 20 Jahren erbrachten.

Was bleibt, ist der dauerhafte Schaden für die Partei und ihre Protagonisten, allen voran Schäuble, der sein politisches Leben der Kohlschen Kanzlerschaft opferte.

„Mitten im Leben“ lautet der Titel seines Buchs, das im Herbst veröffentlicht

wird. Mit aller Zurückhaltung, zu der er fähig gewesen sei, habe er das Werk verfasst, beteuert Schäuble, schließlich habe seine Partei „genug zu leiden“. Doch schon seine Ankündigung, „meinen Teil der Geschichte“ zu beschreiben, treibt seinen Parteifreunden den Angstschweiß auf die Stirn. Die ominöse 100 000-Mark-Spende des Waffenhänd-

lers Schreiber wird dabei nicht nur für die Ermittler, sondern auch für die Historiker interessant.

Kohl macht kein Hehl daraus, dass er über die Schreiber-Spende in Konflikt mit Schäuble geraten sei. Als Schäuble ihn bedrängt habe, die Namen der anonymen Spender zu nennen, habe er ihm geantwortet: Nicht seine (Kohls) Spender seien das Problem, „sondern deiner“. Schäuble habe dann im Zorn den Raum verlassen. Schäuble: „Ich habe die Beziehung für beendet erklärt. Sie existiert nicht mehr.“

Der Fall Schäuble ist damit aber nicht juristisch beendet. Die Staatsanwälte wollen lediglich abwarten, bis die Vernehmung im

Ausschuss in dieser Woche abgeschlossen ist. Bleiben Baumeister und ihr früherer Chef bei ihren einander widersprechenden Aussagen – und dies haben beide intern angekündigt –, lebt das Ermittlungsverfahren sofort wieder auf. Denn dann ist aus dem – straflosen – Versuch einer Falschaussage eine vollendete Tat geworden.

GEORG MASCOLO,
HARTMUT PALMER,
RÜDIGER SCHEIDGES

* Am 29. Mai mit seinem Anwalt in Toronto.